

Dr. Hummel über Europäische Wirtschaftsfragen.

(Schluß)

Wir haben selbst das größte Interesse an der Stabilisierung der europäischen Währung, und ich glaube, daß die Höhe der endgültigen Reparationsleistungen mit Bestimmtheit wird durch denjenigen, was wir dazu tun, die Währung der Franzosen, der Polen und der übrigen europäischen Länder zu stabilisieren. (Sehr richtig!)

Wir werden die europäische Politik nicht von heute auf morgen bekommen, aber wir können einen Wandel in den Anschauungen auf diesem Gebiete herbeiführen. Wenn die einzelnen Länder sich politisch entschließen, ihren Verhandlungen den Gedanken der möglichsten Annäherung an den freien Handel zugrunde zu legen statt an möglichst hohen Schutz und Kampfzoll, so wird schon der nötige Geist der Verhandlungen dazu beitragen, ein anderes Wirtschaftssystem über Europa zu bringen, als das jetzt Verkehr, Handel und Wandel befördert.

Und ich glaube, wir dürfen als Männer der Wirtschaft auch nicht vorübergehen an den politischen Institutionen Europas. Ich bin nie ein begeisterter Freund und Verehrer des Völkerverbundes gewesen. Ich habe meiner Lebzeit gewußt, daß wahrscheinlich auch dort mit Wasser gelodet werden wird, und ich verpfehle mir von endgültigen Weltfrieden mit Hilfe des Völkerverbundes, das sage ich ganz offen, nicht sehr viel. Aber man darf die Bedeutung dieser europäischen Institution doch nicht verkennen als einer Möglichkeit des Zusammenstreffens derjenigen, die sich über gemeinsame Interessen zu unterhalten haben. Die Möglichkeit, im Völkerverbund politische Gegensätze auszugleichen, ist eine große, und ich verpfehle mir für die europäische Wirtschaft deshalb vom Völkerverbund Außerordentliches, als es gelingt, auf seinem Boden möglichst viele europäische Konfliktstoffe auf dem Wege der Verhandlungen, statt mit der Schärfe des Schwertes zu beseitigen. Und ich glaube, auf einem der wichtigsten Gebiete, das für die Wirtschaft in Betracht kommt, auf dem Gebiete des Verkehrs, könnte bei gutem Willen auch heute schon in Europa Ungeheures erreicht werden. Wenn wir daran gehen, das europäische Verkehrsnetz durch ganz Europa hindurch lediglich nach dem Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit und Nützlichkeit für die Wirtschaft zu beurteilen, so müßte es möglich sein, auch auf diesem Gebiete für die Beseitigung der europäischen Krise Ungeheures zuzewege zu bringen.

Wir dürfen auch nicht an den Vorkängen vorübergehen, die heute das allgemeinste Interesse auf dem Gebiete der Wirtschaft beanspruchen, an den großen Zusammenstößen in den Industriellen Europas zu dem Zwecke, eine rationellere Bewirtschaftung durchzuführen, um zu einer billigeren Produktion zu gelangen. Um zu diesen Dingen ein lautes Wort zu sagen, bin ich der Meinung, daß diese großen industriellen Zusammenstöße ihre moralische Berechtigung nur dann haben, wenn sie unter dem Grundsatze der Rationalisierung stattfinden und zum Zweck die Verbilligung haben. (Sehr gut und Sehr richtig!)

Hier ist der Grad der Berechtigung eines industriellen Zusammenstoßes im großen zu bemessen, wobei wir natürlich nicht vergessen dürfen, daß in manchen Fällen der Zusammenstoß notwendig ist, als erste Etappe zunächst einmal die Rentabilität zu erreichen. Ich bin aber daran überzeugt, daß diese Zusammenstöße in der europäischen Industrie einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeuten auf dem Wege der Beseitigung der großen Krise, in der sich Europa heute noch befindet.

Ich habe vorhin darauf hingewiesen, daß wir vor allem zu leiden hatten auf dem inneren Markte in Deutschland unter einer verminderten Konsumkraft der Landwirtschaft, und wenn man sich über Mittel zur Stärkung und Steigerung des inneren Konsums befinnt, so bitte ich, in erster Linie zuerst einmal daran zu denken, daß ja immer noch 18 Millionen Menschen in der deutschen Landwirtschaft beschäftigt sind, und daß, wenn es möglich ist, durch einzelne Maßnahmen die Konsumkraft dieser 18 Millionen zu stärken, wir schon ungeheuer viel gewonnen haben. (Sehr richtig!) Und so sehe ich in einer aktiven Landwirtschaftspolitik auch vom Standpunkte des Wirtschaftlers und vom Standpunkte des Demokraten als eines der wichtigsten Mittel, die Lage der Gesamtwirtschaft zu heben und zu bessern. Ich glaube, man hat auf der linken Seite der Politik in Bezug auf die Landwirtschaft bisher die sekundären Fragen mit den primären Fragen viel zu sehr verwechselt. (Sehr richtig!) Wenn vorhin Herr Wieland diese Mahnung an unsere Partei gerichtet hat auf dem Gebiete der Gesamtwirtschaft, so schließe ich hier eine Mahnung auf dem Gebiete der Landwirtschaft an. Wir haben die sekundären Fragen, habe ich gesagt, zu sehr vor die primären Fragen geschoben. Es sind meines Erachtens sekundäre Fragen, die Siedlungsfrage, die Kreditfrage. Die primären und wichtigsten Fragen für die Landwirtschaft sind ganz andere. Die wichtigste Frage für die Landwirtschaft ist die Steigerung ihrer Produktivität. Die Steigerung ihres Absatzes ist die Herbeiführung von guten Preisen, die Garantie eines guten Verdienstes, und die Bauern sind auch Menschen wie alle anderen Menschen, die in dem guten Verdienst die erste Grundlage eines Lebenswohlstandes erblicken. Und ich glaube, wenn man nicht in der Herbeiführung dieser Fragen in der landwirtschaftlichen Produktion des Primären erblickt, dann gibt man den Bauern lediglich Steine statt Brot. In den steigenden landwirtschaftlichen Preisen sehe ich für meine Person das erste Zeichen einer

Besserung unserer wirtschaftlichen Lage, eines der erheblichen Symptome der Gesundung unserer Wirtschaft. Der ausländische Kreditweihen und das ausländische Kreditfest sind jetzt gesungen. Wir kehren jetzt in Deutschland zum trauten Roggen zurück, und das ist für mich ein Zeichen der Gesundung. Wenn es uns gelingt, die Konsumkraft der Landwirtschaft durch die Preisbildung ihrer Produkte weiter zu steigern, dann haben wir einen der größten Zweige der deutschen Bevölkerung als Konsumenten gestärkt.

Ich bin der Meinung, daß es auch möglich sein müßte, in stärkerem Maße, als das durch die jetzt geschaffenen Kredite möglich war, unser Bauwesen wieder in Ordnung zu bringen. Wenn wir unser Baugewerbe in Ordnung bringen, vor allem dadurch in Ordnung bringen, daß wir den kapitalistischen Anreiz für den Neubau wieder schaffen durch Verminderung oder Abschaffung der Zwangswirtschaft, so werden wir damit dem gewerblichen Mittelstande die größten Dienste leisten.

Und bei aller heuligen Tätigkeit — ich möchte da auf die Tätigkeit der Reichseisenbahn hinweisen — müssen wir in erster Linie die Bauarbeit zu fördern suchen, die stark Eisen konsumiert, denn alle Eisen fressende Bauartigkeit setzt unsere Schwerindustrie wieder in Gang.

Und, meine Damen und Herren, wenn wir dann so weit sind, dann ist die Zeit gekommen, daß auch wir, die Leute aus der Landwirtschaft, daran denken, das Leben

Deutsche Demokratische Partei Magdeburg

Sonntag, den 14. November vorm. 11 Uhr
in der „Freundschaft“, Prälatenstraße 32

Große politische Aussprache

Staatssekretär Dr. Abegg

vom preussischen Innenministerium spricht über:

aktuelle Tagesfragen.

und Gehaltsniveau der Lohn- und Gehaltsempfänger zu erhöhen. Dann ist der richtige Zeitpunkt dafür gekommen, und dann ist auch der richtige Zeitpunkt gekommen für die Hebung der Steuerkraft der Landwirtschaft; dann werden wir auch das Wachstum des inneren Konsums zu verzeichnen haben.

Von der Seite her müssen wir die Landwirtschaft aufzubauen suchen. Sie ist nur von der produktiven Seite aufzubauen. Wenn man die Wirtschaft aufbauen will von der Seite der Erhöhung der Löhne und Gehälter, dann macht man Inflation. Und wenn man sie aufbauen will von der Steuerseite her, indem man sie mit Steuern belastet, dann lähmt man sie. Man kann sie nur aufbauen, indem man ihr die Produktionsmöglichkeiten stärkt und erleichtert. Und ich glaube, wir müssen in unserer ganzen Wirtschaft überhaupt den Grundlag durchzuführen: wenn es sich darum handelt, zu entscheiden zwischen unproduktiven und produktiven Interessen, muß sich die Wirtschaftspolitik immer auf die Seite der produktiven Interessen stellen.

Und so, meine Damen und Herren, ist das Wort von der Förderung der Produktion kein Schlagwort, wie das von manchen heissen Köpfen behauptet wird. Das Wort von der Förderung der Produktion ist das wichtigste für uns von der Wirtschaft, und diejenigen, die die Förderung der Produktion als ein Schlagwort bezichtigen, das sind die gleichen, die ein lautes Geschrei machen, wenn Herr Silberberg die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer predigt.

Wir wollen uns aber auch dadurch nicht abhalten lassen, in der Innens- und Außenpolitik den Weg demokratischer Politik trotzdem als den richtigen anzusehen. Wir von der Wirtschaft müssen uns um so stärker an der demokratischen Politik und an der demokratischen Partei beteiligen, je mehr es Leute gibt, die es gar nicht gern sehen, daß wir uns stark in demokratischer Politik betätigen. Ich weiß, daß es Leute gibt, die lieber in einem kleinen Dorfe die ersten sein wollen, als in Rom die zweiten, ohne daß sie Cäsaren sind (Heiterkeit). Wir als Männer der Wirtschaft und als Demokraten müssen aber demgegenüber zum Ausdruck bringen, daß nicht nur die Demokratie, sondern auch die kapitalistische Produktionsform der Welt noch auf lange Zeit hinaus möglich

ist. Die kapitalistische Produktionsform: Es genügt, da wir einen Blick auf Rußland werfen (Sehr richtig), um man den Versuch mit der kapitalistischen Wirtschaft gemacht hat. Und die Demokratie: Es genügt, daß wir einen Blick auf Spanien und Italien werfen, wo die Tage der Diktatur ja wohl bald geahnt sein werden. Wir stehen nicht am Ende der kapitalistischen Entwicklung in der Welt. Es ist vielleicht gar keine Uebertreibung, wenn man sagt: wir stehen vielleicht erst an ihrem Anfang. Denn, wenn wir auch schon auf dem Gebiete des Geldwesens eine hochkapitalistische Entwicklung sehen, so komme wir ja erst recht hinein in die Anwendung der Wissenschaft auf die Technik. Wir sind nicht mitten im technischen Zeitalter, sondern wir kommen jetzt erst in das richtige technische Zeitalter hinein. Das Ziel, der Mensch von der Natur unabhängig zu erhalten, werden wir mit allen Mitteln der Wissenschaft und der Technik weiter und weiter verfolgen. Und wenn ich vorhin sagte, wir stehen hier an keinem Ende, sondern vielleicht erst an einem Anfang, so bin ich zu diesen Worten ermutigt durch das, was ich aus meinem eigenen Arbeitsgebiete und aus meinem eigenen wirtschaftlichen Interessensgebiete sehe.

Ich sagte, wir wollen den Menschen mehr und mehr von der Natur unabhängig machen. Wir haben in der Vergangenheit durch Kunstprodukte die Anwendung von Naturprodukten unmöglich gemacht. Wir haben durch die künstlichen Indigo die natürliche Indigoanlage außer Funktion gesetzt. Wir haben durch die Alizarinfarbe die der Natur vorkommenden Stoffe durch die Bindung des Sulfidstoffes zu einem Produkt gemacht, dessen Anwendung die unangenehmsten Möglichkeiten für die Geburt der Produktion der Landwirtschaft noch in sich trägt. Und wir stehen mitten in den Arbeiten für eines der größten Projekte, das auf industriellen Gebiete wohl jemals durchgeführt worden ist, nämlich in der Erhebung des naturvorkommenden Petroleum und der naturvorkommenden Kohlenwasserstoffe durch synthetische Kohlenwasserstoffe. Und wenn wir an den Zusammenhang dieser Dinge mit politischen Fragen denken, so ergibt sich folgendes Bild: wenn durch die synthetischen Kohlenwasserstoffe die Bedeutung des naturvorkommenden Petroleum und der naturvorkommenden Kohlenwasserstoffe sinkt, dann wird auch die politische Bedeutung der Petroleumfelder sinken, um mancher Kriegssorgen in der Welt fällt weg.

Meine Damen und Herren! Wir sind aber auch durch nicht nur an keinem Ende angelangt. Das Problem für Europa besteht darin, sich in Bezug auf die Rohstoffe unabhängig von den außereuropäischen Ländern zu machen. Und wenn es uns gelungen ist, das auf dem Gebiete der schiedener Produkte schon durchzuführen, so müssen wir auch daran denken, daß es noch eine Zukunft auf den Gebiete der Rohstoffe gibt. Auch auf diesem Gebiete ist das Problem zu lösen, Europa von den außereuropäischen Ländern unabhängig zu machen.

Und wenn wir so den wichtigsten Teil der Lösung der Rohstofffrage für Europa heute für möglich halten nur vom Standpunkte einer Einzelindustrie aus gesehen so ist, wie ich die Dinge übersehe, auch kein Anlaß zu irgendeinem Pessimismus gegeben. Ich bin durch das, was ich wirtschaftlich um mich erblicke, erfüllt von einem guten Optimismus, und ich habe die Hoffnung, daß wir, an Beginn einer neuen technischen Entwicklung, in Jahren und Jahrzehnten noch Erfolge der kapitalistischen Produktionsweise vor uns sehen werden, die das Märchen der Frauen werden, als ob sie überlebst sei und etwa durch den Volksgewissen ersetzt werden müßte. Allerdings die Bedeutung der Juristen und Soldaten ist im Schwande (Heiterkeit), die Bedeutung des Technikers und Kaufmannes ist im Steigen, und die Idee der gemeinsamen Interessen zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgeber ist im Wachsen. Schwermüdig auf diesem Gebiete für nur diejenigen, die davon leben, diesen Gegenstand zu sühlen (Lebhafter Sehr richtig!). Wer aber hinblinzelt in die Zerfallsstadien der europäischen Wirtschaft, der weiß daß die Hoffnung und die Aussicht besteht, auf dem Weg fortzuschreiten, den Singer und die von der Natur drohenden Gefahren für die Menschheit ansähdlich zu machen (Lebhafter Beifall!).

Parlamentsnachrichten. Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geschäftsführender Ausschuss). Sitzung am Montag, den 8. November, abends 7½ Uhr, in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammlich). Dienstag, den 9. November abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bir“, Weinstraße 6 Die Mitglieder der D. D. P. werden gebeten, sich am Stammlich zu beteiligen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Abteilung Magdeburg. Donnerstag, den 11. November, abends 8 Uhr Volkshaus, im „Wilhelmspark“. Vortrag des Kameraden Abgeordneten Dr. Bohner über: Der Teilnehmer im heutigen Staat.

An die Vertrauensmänner der Deutschen Demokratischen Partei. Wir verweisen auf die Mitteilung des Bezirksvorstandes in der Nr. 44 vom 30. Oktober d. J. Sämtliche Kreisvereine haben die Pflicht, den Anweisungen des Vorstandes nachzukommen. Eine große Schwierigkeiten lassen sich die Finanzen ordnen und kann die Verbreitung der Mitteldeutschen Rundschau in die Hand genommen werden. Für die Mitteldeutsche Rundschau muß im Monat November mit Nachdruck geworben werden. Falls Postbestellung erwünscht ist, bitten wir den Postbestellern der heutigen Nummer zu denken.

Demokratische Partei und Philologenverband. Auf Veranlassung von Oberstudienrat Dr. W. h. n. z. fand eine Aussprache von fast zwei Stunden am 8. November im Landtag zwischen dem Vorstand des

*) Vergleichs Nr. 41 und 42.

Im Kampf um das Schulgeld.

Ein geheimeres Gesetz.

Dem „Berliner Tageblatt“ vom Sonnabend, den 30. Oktober, Nr. 514 entnehmen wir diesen beachtenswerten Artikel unseres Abg. Dr. Böhner.

Der Referentenentwurf eines Gesetzes über die Unterhaltung der nichtstaatlichen höheren Schulen hat das Schicksal gefunden, das Besorgte voraussehen. Die Unterrichtsverwaltung hat weder die Zustimmung der Beteiligten anderen Ministerien, des Innen- und des Finanzministeriums, noch die der kommunalen Spitzenverbände erreichen können. Angeregt wurde ein solches Gesetz im Landtag angefaßt der Vorlage vieler kleiner Städte, deren Kräfte der Unterhalt einer höheren Schule allmählich überfordern, während sie die Anforderungen umloft herum empfinden, weil ihre Schulen zum großen Teil, in vereinzelten Fällen bis zu drei Vierteln, von Kindern anderer Gemeinden besetzt werden. Anträge auf Verschärfung haben bei der heutigen Finanzlage des Staates keinen Zweck, selbst der Staatszuschuß wird aus grundsätzlichen Bedenken häufig verweigert. Die Kosten, die der einzelne als wirtsch. Schüler zu bezahlen hat, sind weder einwandfrei festzustellen, da die Schule in der Regel auch ohne ihn unterhalten werden würde, noch können sie dem einzelnen Vater aufgebürdet werden, der dann mit einem Schulgeld von 4-600 Mark rechnen müßte. Eine Landesstudienkasse zu gründen, wie sie von mancher Seite nach dem Muster der Gelder über das ganze Land aufzusammeln und wieder auszulenden Landesstudienkasse für die Volks- und Mittelschulen gewünscht wurde, ging nicht auf. Denn zu ihr könnte man nur die 6 Gemeinden heranziehen, die eine höhere Schule unterhalten, so daß entweder die großen Gemeinden die kleinen dabei mitzuschleppen müßten, was sie bestimmt ablehnen hätten, oder das Geld daselbst geblieben wäre, da kein neues Geld in die Kasse kam. Das letzte kleine Dorf, aus dem der Schüler abgeholt, wollte man nicht verantwortlich machen, um die Verrechnung nicht zu weitläufig zu gestalten; auch hätte eine solche Sichtbarmachung der Kosten die Stellung des betreffenden Vaters im Ort erschwert. Der Entwurf zog also für die „Gasschulbeiträge“, deren Höhe gültiger Vereinbarung und nur bei ihrem Verlangen Regierungsstellen überlassen blieb, den Kreis kommunalverband heran. Alle Fälle trifft auch diese Lösung nicht. So sind Gemeinden, die eine private höhere Schule unterhalten, nicht berücksichtigt, was besonders in Zentrumskreisen mißfällt, wo man an die geistlichen Ordensschulen im Westen denkt. Die Lösung brachte auch im Falle Rheinbach, der eigentlich den ersten Anstoß zu dem Gesetze gab, keine Erleichterung, das Gmnasium dieser kleinen rheinischen Stadt wird zwar von drei Vierteln vom Auswärts besetzt, den Schülern des erzbischöflichen Konvikts. Diese kommen aber überbezogen aus Köln und anderen Großstädten, die als Unterhaltsträger anderer höherer Schulen für Gasschulbeiträge nach dem Entwurf nicht rechnen. Immerhin ist die Lösung unter den möglichen wohl die beste und wurde von der Organisation der kleinen Städte, dem Reichs-Studienbund begrüßt. Zu Fall gebracht wurde sie durch die Vertreter der Landgemeinden und Landkreise, die dem Gedanken selbst sich nicht verschließen, aber die Provinz für die Gasschulbeiträge einsehen möchten, vielleicht mit der stillen Hoffnung, daß dann die Städte doch wieder mitbesteuert werden würden. Allerdings würde mit einer solchen Lösung die Frage aufgeworfen, ob nicht der erste Schritt zur Abgabe des gesamten höheren Schulwesens an den größten Verband, den Staat getan wäre, wenn die Provinzen auch nur einen erheblichen Teil der Kosten übernehmen.

Mit der Kostendeckung ist die Höhe des Schulgeldes eng verbunden. Der Referentenentwurf sah darum vor, daß ein durchschnittlicher Kostenfuß durch den Kultusminister im Einvernehmen mit den beiden anderen oben genannten Ministern auf jeweils drei Jahre festgelegt würde und das Schulgeld einem vom Landtag festzusetzenden Teil der Kosten, gebacht war wohl die Hälfte, nicht übersteigen dürfte. Damit war die Höhe des Schulgeldes vom Landtag bestimmt. In der Unterrichtsverwaltung ist sonst gerade wenn geistlich geregelt. Sind doch jetzt auch mitten im Jahre die Beiträge für die Lehrstellen, ohne irgendeine Mitwirkung anderer Instanzen, vom Vorkauf der Landesstudienkasse um 30 Mark im Monat erhöht und gleichzeitig das Besoldungsgeld für den einzelnen Volksschüler um 20 Pf. herabgesetzt worden, in der Hauptfrage auf die Grundvermögenssteuer angewiesenen Gemeinde außerordentlich schwer trifft. Das Schulgeld der höheren Schulen legt aber nicht einmal die Unterrichtsverwaltung fest, sondern, da drei Viertel der höheren Schulen städtisch sind, die Städte. Obwohl das

künftig nicht der Fall sein sollte, gehen schon heute Städte im Westen weit über die den Städten zugebilligten Sätze hinaus und haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie im kommenden Etatsjahr 300 Mark erheben werden, und auf der anderen Seite hört man, daß die Finanzverwaltung die Gewissheit erregt, wie sie heute befehlt, zugunsten der Freistellen für Begabte und zu ungenunten der Familienväter für die Bescheidener möchte. Wenn man gar insgesamt Einschränkungen am Kultusetat gemacht werden lassen und mühen, die unmöglich sind, wer bürgt dafür, daß die Mehrausgaben nicht am Schulgeld wieder herausverdiert werden sollen? Es ist selbstverständlich, daß der Entwurf hier den schärfsten Widerspruch sowohl des Finanzministers wie des Innenministers als Vertreters der Selbstverwaltungen fand und damit zum Scheitern verurteilt war. Wie weit ihn der Landtag aufnehmen wird, wird der Winter zeigen. Daß die Festsetzung eines einheitlichen Schulgeldes für das ganze Land ihre großen Bedenken hat, ist klar.

Geheimerer war damit der Stellungsfall von Entwurf unternehmens Versuch, die Geltung der Beiter und Lehrer an den nicht staatlichen höheren Schulen endgültig zu regeln. Die von ihnen angeforderte Anerkennung als un-mittelbare Staatsbeamte brachte er nicht, nur eine dahingehende Meinungsäußerung in der Begründung, wohl aber die nötige Gleichstellung in allen Bezügen, die an sich schon Gesetz ist, in manchen Punkten aber auf dem Papier steht. Gleichzeitig lag er vor, daß die bisher un-versehbareren städtischen Lehrkräfte aus bringenden dienstlichen Gründen an eine von einem anderen Unterhaltsträger unterhaltene nichtstaatliche höhere Schule versetzt werden konnten. Die städtischen Lehrkräfte verloren damit ein Recht und eine Sicherheit, es war aber in bestimmten Einzelfällen auch eine Erleichterung für sie. Bisher konnte in manchem Disziplinarfall, der bei staatl. Lehrkräften mit der Verlegung geändert hätte, nur auf Dienstentlassung gegen sie erkannt werden. Daß aber die Verlegungsmöglichkeit mißbraucht werde, war vielleicht durch die Bestimmung verhindert, daß die Verlegung an die Zustimmung des bisherigen Unterhaltsträgers gebunden war, der wohl nur in den schwerwiegendsten Fällen sich jemand nehmen lassen wird, den er selbst freiwillig in seinen Dienst gerufen hat. Wie man auch gerade über die feste Bestimmung urteilen mag —, zwischen Staat und Gemeinden und wieder den nichtstaatlichen Lehrkräften sind so viele Verhältnisse bestritten, daß eine geistliche Regelung bringen nötig bleibt. Und auf jeden Fall sollte man nicht bei der finanziellen Gleichstellung Schwierigkeiten machen. Es müßte genau daran sein, daß zwischen Beamten des gleichen Dienstes Reich und Land heute oft in der gleichen Stadt auseinandergehen.

Die Städte sind mit Recht auf ihr Schulwesen stolz. Dennoch wird man manchmal ein Lächeln nicht unterdrücken können, wenn jede Verordnung auf dem Gebiet des höheren Schulwesens sofort als ein Eingriff in die Selbstverwaltung bezeichnet wird, wie es sich ja auch bei den Verhandlungen um die Schulreform zeigte. Anregungen wird das staatliche Schulwesen, zu dem in diesem Sinne auch die nichtstaatlichen Schulen gehören, von den Gemeinden immer gern annehmen, Reformen wie Realschule sind dem städtischen Streben zu verdanken, die Regel wird trotzdem nur der Staat aufstellen, wenn nicht das ganze Schulwesen zerfallen werden soll. Man möchte vermuten, daß den Entwurf sein Schicksal nicht nur wegen des kühnen Vorstoßes in der Schulgeldfrage traf. Vielleicht tragen dazu die allgemeinen Bestimmungen über das nichtstaatliche Schulwesen des ersten Abschnittes bei, Bestimmungen, die den an diesen Schulen Arbeitenden nahezu selbstverständlich schienen und heute schon auf dem Verwaltungswege fast in allen ihren Zielen zu erreichen sind, die aber den Vertretern der Selbstverwaltung unliebsam erschienen. So, wenn die Aufhebung einer Schule an die Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde gebunden wurde, ohne die allerdings die Gemeinde die freizuwendenden Lehrer nicht unterbringen kann, oder wenn die Schule ohne Rücksicht auf Gemeindegutsverfügung und Abschluß zugänglich gemacht wurde, an die der Direktor nach der Dienstanweisung auch heute nicht gebunden werden kann, oder wenn über die Notwendigkeit von Räumlichkeiten, Einrichtungen und Vermitteln die Schulaufsichtsbehörde entscheiden sollte, die das alles sich ja bei den Anerkennungsverhandlungen sichern kann.

Es ist oben darauf hingewiesen worden, wie wenig im Bereich der Unterrichtsverwaltung geistlich geregelt wird, und wie viel auf dem Verwaltungswege. Das Schicksal des Entwurfes zeigt aber auch, wie schwierig Gesetze in diesem Bereich sind, selbst wenn die Fragen der Weltanschauung einmal nicht hineinspielen.

Parlamentsnachrichten

Bezirk Halle.

Jahrestagung des Reichswirtschaftsverbandes in Halle.

Auch in den Kreisen dieses Wirtschaftsvorbereiters scheint sich ein leiser Fortschritt in Bezug auf ähnerer Ausformung der Maimitteln, in denen die Verhandlungen stattfinden, anzubahnen. Auf der diesjährigen Tagung in Halle war keine Rede zu hören, während auf der vorletzigen Tagung in Halberstadt sogar der ferrierte Sammeltrakt mit schwarz-weiß-roten Fäden garniert war. Die Rede hatte man aber auch diesmal nur aus deuffationalen und volksparteilichen Kreisen vorsehen. Für die allgemeine Versammlung sprachen der deuffationalen Reichstagsabgeordnete Leopold und der jetzt volksparteiliche Abgeordnete Reinach. Bei Eröffnung durch den von der vorkausangenen Mitgliedsversammlung wiedergewählten Präsidenten Gbr. von Bilmowsski war als Vertreter der Preussischen Regierung Regierungspräsident Dr. Gräßner und als Vertreter der Provinz Herr Landeshaupmann Geheimrat Hüßner anwesend. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der am Abend auch in einer Verammlung der Deutschen Volkspartei sprach, erschien erst zum gemeinsamen Essen. Von der Deutschen Demokratischen Partei war Herr Landtagsabgeordnete Dr. Böhner anwesend. Abg. Leopold sprach über die Zusammenhänge von Sozialpolitik, Wirtschaft und Staat. Er gab eine leise Beförderung der deutschen Wirtschaft und eine weitestliche Beförderung unserer Geldmarktes zu. Die Vorbereitungen geistlicher Maßnahmen zur Verwirklichung des Washingtoner Abstommens innerhalb des Reichswirtschaftsministeriums aber fanden nicht seinen Beifall. Versuche zu einer internationalen Regelung der Arbeitszeit dürfe man angesichts der deutschen Verhältnisse nicht antworten. Er bekannte sich als Freund hoher landwirtschaftlicher Zölle. Und für ihn liegt in der Schaffung einer sicheren Rentabilität der Landwirtschaft auch die Lösung des Problems der Arbeitslosenfrage überhaupt. Die leider heute noch bestehende Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Landwirtschaft führte er auf das Bestehen der Wohnungswirtschaft zurück. Auch einer Vermehrung kleiner Güter auf Kosten des Großgrundbesitzes steht er nicht freundlich gegenüber. Und für ganz und gar unangebracht hielt er das Gesetz zum Schutz älterer Angestellter. Das bei Zwangswirtschaft mit Menschen. Die Befolgung der Betriebe durch das Reichs-Knappheitsgesetz betrage etwa 33 Prozent der Lohnzahlungen und sei für die Betriebe untragbar. Man müßte auch in der Wirtschaft nationale Politik unter Abwehr von allen internationalen Strömungen treiben. Herr Reinach sprach über die Stellung des Handels in der Volkswirtschaft. In der Inflationssicht habe der Handel am meisten gelitten. Sein zur Kreditgewährung notwendiges Betriebskapital sei ihm genommen. Der Handel sei aber für die Vergrößerung anderer Innenmarktes und für den Absatz der Produkte vom Erzeuger an den Verbraucher unentbehrlich. Durch Lagerhaltung und frühzeitige Abnahme der Produkte, die er später auf den Markt bringe, schaffe er den für Erzeuger und Verbraucher notwendigen Ausgleich und eine volkswirtschaftliche Leistung erheblichen Ausmaßes. Er überbrücke Zeit und Ort. Auch aus der Vielzahl des Handels erwache dem Verbraucher kein Schaden. Denn Vielzahl des Handels schaffe starkes Angebot und Sinken der Preise. Die heute aber noch teilweise normale Spanne zwischen Erzeuger und Verbraucher-Preisen müsse im Interesse einer Gesundung unserer Wirtschaft baldigt überwunden werden. Reichswirtschaftsminister Curtius bewegte sich zunächst in Kenntnissagen an Gedanken und Amis-handlungen Bismarcks, der zur damaligen Zeit schon die Einrichtung eines Preussischen Volkswirtschaftsrates, in dem 15 Arbeitnehmer vertreten wären, befürwortet habe. Auch Bismarck aber habe schon erkannt, daß man nicht preußische, sondern nur deutsche Wirtschaftspolitik treiben könne, sei aber mit der Schaffung eines Reichswirtschaftsrates auf Widerstand gestoßen. Der Minister begründete in den Wirtschaftsvorbereitern die deutlich erkennbaren Zusammenhänge für eine entsprechende Arbeit von Reich und Wirtschaft. Die endgültige Berufung des Reichswirtschaftsrates hielt er für unerlässlich. Besonders beifällig ist ihm die Sinausscheidung des endgültigen Zolltarifs. Bis zum 30. Juni nächsten Jahres eine Vorlage zu machen, sei eine glatte Unmöglichkeit. Man brauche vielmehr eine Frist von 2 bis 3 Jahren. Der Landwirtschaft empfahl er deshalb die Abschaltung der gegenwärtigen Zölle, da die Durchführung des autonomen Zolltarifs nicht tragbar erscheine. Den Vertretern der Wirtschaftsvorbereitungen wünschte er weitere für Volk und Wirtschaft erprobliche Arbeit und Erfolge. In das gemeinsame Essen schloß sich dann die von der Volkspartei einberufene Versammlung, bei der auch jegliche Ausschüttung des Saales mit Föhnen vermieden war.

Staatsminister Dr. Schreiber spricht am Sonntag, 7. November, nachm. in Querfurt.

Die demokratische Partei zum Stadtbauftand.

Halle. Die Deutsche Demokratische Partei hatte am Mittwochabend die Mitglieder ihres Gesamtverbandes zu einer Sitzung einberufen, die sich in der Hauptsache nochmals mit dem Stadtbauftand beschäftigt. Nach lebhafter Aussprache und einer Kritik an dem Inhalt des kürzlich in der Presse erschienenen „Berichts“ aus dem Rechts- und Verfallungsausschuss fand nachstehende Entscheidung einstimmige Annahme:

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hält den aus dem Rechts- und Verfallungsausschuss in der Presse bisher erschienenen Bericht für völlig unbefriedigend, da er u. a. vor dem Ergebnis der gerichtlichen und disziplinarischen Untersuchung ein Urteil über verantwortliche Personen vorwegnimmt. Der Vorstand erwartet im Interesse der Bürgerschaft, daß die Stadtoberordnetenversammlung für reifliche Aufklärung in kürzester Frist sorgt. Alle Schuldigen müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Hinausgenommenes Geld.

Halle. Eine sogenannte „Nationale Presse-Korrespondenz“, die ein Graf zu Eulenburg-Wicken jetzt, überhaupt von Hamburg aus in letzter Zeit das Land. Beim Verstand verfährt man großzügig und frech. In rotem Aufdruck wird „kostenloser Nachdruck gestattet“ und das Verlangen nach 2 Belegexemplaren ausgesprochen. Inhaltlich bietet diese Korrespondenz das übliche Nachwort, das bisher für den Hausherrn von Doorn in Betrieb gesetzt wurde. Die längst gefälligst belegten Vorgänge beim Waffenstillstandsangebot und die jämmerliche Haltung des Kaisers in den Stunden vor seiner Flucht nach Holland werden mit kaum vorstellbarer Dreistigkeit in das Gegenteil umgelogen. Mit rabulistischer Dialektik wird aus „heißer Liebe“ zu seinem Volke entsprung und ein Todesurteil im Kampfe schon deshalb nicht erfolgen konnte, weil es gar keinen Kampf mehr gab. Verrat und Raubhüt hätten eben Deutschland seiner Stütze beraubt, um die es die Welt beneidet habe. In diesem Stil geht es mehrere Spalten lang fort. Herr Graf Eulenburg (nomen est nomen) versteht seine Aufgabe, und für solche

Zweide scheint man in Doorn mit den Mitteln nicht zu knauern. Nachdem aber selbst der Stadthelmhauptling Ehrhardt dem Herrn in Doorn gesagt hat, daß der

Bezirksverband Halle-Merseburg

Sonntag, den 21. November, vormittags 11 Uhr, im Klubzimmer des Neumarkt-Schützenhauses in Halle

Bezirksvertreter-Tagung.

Zu der Tagung hat Herr

Staatsminister Dr. Schreiber

bestimmt zugesagt. Der Minister wird in dem vertrauten Kreise der Parteifreunde wichtige Vorgänge im Reich und in Preußen behandeln.

Die Delegierten werden sich auch mit der Festlegung des Termins und der Tagesordnung des Bundesparteitages zu beschäftigen haben.

Außer den stimmberechtigten Delegierten werden die Parteifreunde im Bezirk und in Halle um ihre Beteiligung an dieser sehr wichtigen Tagung gebeten.

Jenige, der für ihn noch einen Finger führe, ein kompletter Narr sei, sollte man mit dem Hinauswerfen von Geld für eine verlorene Sache endlich aufhören.

Halle. Die Bezirksvertretertagung, die für Sonntag, den 21. November, vormittags 11 Uhr nach Halle (Klubzimmer des Neumarkt-Schützenhauses) einberufen wird, weist folgende Tagesordnung auf: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht über die Sitzung des Parteiausschusses. 3. Herr Staatsminister Dr. Schreiber über die Lage im Reich und in Preußen. 4. Bestimmung

des Termins und der Tagesordnung des Landesparteitages. 5. Anträge und Beschlüsse. Stimmberechtigt sind die von den Kreisvereinen gewählten Vertreter. Darüber hinaus ist aber jedes eingetragene Mitglied willkommen. Ganz besonders wird an alle Mitglieder des Halleischen Gesamtverbandes die Bitte um Beteiligung an der Tagung gerichtet. Sie müssen es für ihre Pflicht halten, den auswärtigen Parteifreunden, die der Reise nach Halle nicht scheuen, zu zeigen, daß hier ein reges Interesse an der Zusammenarbeit im Bezirksverbande vorhanden ist.

Ab sofort wird die Sonntagsrucksacktour von hier nach Dürrenberg bei Leipzig für die 3. und 4. Wagenklasse eingeführt. Der Fahrpreis für die 3. Klasse beträgt 2,10 RM., der für die 4. Klasse 1,40 RM.

Deutsche Friedensgesellschaft. In der Oktoberversammlung der deutschen Friedensgesellschaft, e. V., Ortsgruppe Halle a. S., vom 22. cr. sprach nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden, Herrn A. Klemm, der Vorsitzende des Friedensrats, Herr Alex. Möller, über das Thema „Der große Betrug“. Unter Verlesung von interessantem Material beleuchtete er die Entwicklung der Volkspsychologie in dem Zeitraum von 1914 bis 1926. Wenn die Führer des alten Regimes die behaupteten Qualitäten besessen hätten, wies dies von ihnen 1918 zu beweisen gewesen. Sie haben versagt. Ein dauerndes Ehrenmal würde die Reichsleitung den Toten des Weltkrieges errichten, wenn Not und Sorge von den Opfern des Krieges, den Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen genommen würde. Anschließend trug Herr Alfred Durra vom Stadttheater Halle patriotische Dichtungen vor. In lautloser Stille lauschte die überfüllte Versammlung den meisterhaft gesprochenen Worten, u. a. Dichtungen von Bartels, Klambund, Claudius und Bert Bredt. Herzlichster Dank ward den Herren Durra und Möller unter stärkstem Beifall der Anwesenden zuteil. Der überaus zahlreich besuchte, der auch eine Anzahl Neuaufnahmen brachte, bewies den Willen der Halleischen Friedensfreunde, im kommenden Winter die Arbeit mit verstärktem Eifer aufzunehmen. R.

Mein Mann verlangt ein schönes Weibchen. Es muß also GEG sein!



Spezialität	8	Dawius	10-Zind-Wandung	1,50
Nr. 2 Sumatra-Brasil	10	Nr. 54 Extramarke	feines Aroma	12
Nr. 11 Sumatra-St. Felix	12	Nr. 25 Sumatra-St. Felix-Havanna	leicht, köstliches Aroma	20
Nr. 13 Sumatra-St. Felix	12	Nr. 29 Sumatra-St. Felix-Havanna	weil Norm, bester Qualität	35
Nr. 53 Spezialmarke	12	Zigaretten	Handarbeit	7

Unsere Schlager

- Nr. 110 10 Pfg.
- Nr. 112 12 Pfg.
- Nr. 115 15 Pfg.

Ronhum - Vereins für Magdeburg und Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Das führende Spezialhaus für Webereiwaren!



Die Qualitäts-Marke!

Unsere Preise sind billig!

Friedrich Cohn
Webereiwaren • Breitweg 7/80

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“
Bes. Ad. Thernagel.

Hohenzollern-Park.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 3 1/2 Uhr
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

insertieren bringt Erfolg!

Kaufe im Ronhum-Verein!

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 25 Groschen jährlich. — Einzelhefte 10 Groschen. — Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und die Verlagsstellen. — Verlagsstelle: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Preis: 1 Mark. — Vertrieb: Berlin: Verlagsbuchhandlung Parey, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Fernsprecher Nr. 1274.

Anzeigenpreis: Für die sechs ersten Zeilen à 100 Zeilenpreis. — Angenommen in Reklameteil 1 Mark. — Nachtrag: Verlagsbuchhandlung Parey, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Fernsprecher Nr. 1274.

Nummer 45

Halle (S.), 6. November 1926

2. Jahrgang

Zwischen rechts und links.

Die Zentrumstagung in Erfurt — Die Bedingungen des Kanzlers für rechts und links — Der geriffelte Hergt — Der Angriff Hoehsch gegen Stresemann — Hermann Müllers Bedingungen — Der Achttugendtag — Landtagswahlen in Sachsen — Die Aufwärtler — Der Dolchstoß der sozialdemokratischen Parteizentrale — Die Thoirn-Krise — Schuldenabkommen — Tendenzlügen — Keine Vertimmung in Washington — Die amerikanischen Wahlen — Das Atlantik auf Mussolini — Der Finanzausgleich.

Wie immer bei Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeit, hat sich auch diesmal, übrigens ganz folgerichtig, in der Öffentlichkeit eine Ertörung darüber entsponnen, ob die Regierungsbasis breit genug sei, um die Lösung der wichtigsten Probleme allein durchzuführen. Deutschlands Schicksal beruht auf der Mitte, und es ist geradezu verhängnisvoll, daß eine Minderheit dazu ansetzen ist, die Verantwortung auch in den schwierigsten Augenblicken zu tragen. Trotzdem wird sich daran nicht viel ändern lassen, auch hat die Mitte gezeigt, daß sie sich nur den Mut zur Verantwortung besitzt, sondern die Fähigkeit, mit festem Schwanken doch die Wage in Gleichgewicht zu halten. Auch die Reden und Zeitungsmärkel der letzten Tage haben nur die Notwendigkeit unterstrichen, das Kabinett in seiner jetzigen Besetzung zu unterstützen, wenigstens als System. Ob persönliche Änderungen eines Tages vorgenommen werden müssen, ist nicht, ist eine Frage, die notwendig nicht zur Entscheidung drängt.

Auf ihren Tagungen hatten die Demokraten sich im einzelnen in dieser Richtung ausgesprochen. Deutscher ist wurde die Volkspartei in Köln, wo Stresemann einen neuen Trennungsschritt nach rechts zog, aber auch der gleichen Sonntag das Zentrum in Erfurt gesprochen. Die die des Kanzlers war ein Bekenntnis zur Mitte, so da man sich den Kern herauszählt. Er hatte zwar recht und links die Aufforderung zur Mitarbeit geben lassen, aber gleichzeitig die Bedingungen dafür neu festgelegt. Mit der Anerkennung der Verfassung, ist nur als formaler, sondern als innerlich gemotzter, tie er den Deutschen die Tür vor der Nase zuzuschlagen. Es sind zwar in dieser Partei starke Kräfte, die Werte, um einen Wandel herbeizuführen. Solange aber nicht gründliche Aufräumarbeit geleistet ist, ist die Deutschnationalen Partei für uns als Bundesgenosse eine Unmöglichkeit. Dazu kommt die außenpolitische Lage. Man braucht den Erfolg von Thoirn nicht zu überschätzen und kann ganz offen sagen, daß noch fünf Monate in das Land geben werden, bis greifbare Auswirkungen erkennbar sind, aber der Weg ist auf jeden Fall vorgezeichnet, von ihm abzuweichen, liegt keine Verfassung vor. Solange die Deutschnationalen nicht von Gott, Gott, Thoirn als eine Entwicklung ansehen, die gegnerisch werden muß, stehen sie im Kampf mit der Regierung.

Dr. Hergt hat zwar in Liegnitz Streifenklänge angeknüpft und sich bereit erklärt, Stresemann zu unterstützen, er wurde aber sofort vom Grafen Wolff in der Aussetzung gehörig geriffelt. Da der Graf der Führer der Partei ist, können wir uns nur an seine Auskunft halten. Wie Lots Frau ist sein Blick rückwärts wandt, auch der Vergleich mit der erstarrten Salzfäule ist im wesentlichen zu. Etwas übersehen mußte es, sogar Professor Hoehsch, der zu den Gemäßigten gehört, im auswärtigen Ausschuss des Reichstages einen einen Angriff auf Stresemann unternahm. Auch er schein die Außenpolitik mit felsehrer Fügigkeit. Der Erfolg ist eine schärfere Ziehung des Trenngastreiches zwischen der Volkspartei und den Deutschen.

Kommen so die Deutschnationalen für eine Kabinettsbildung nicht in Frage, so liegen die Dinge bei den Arbeitern nicht viel besser. Zwar hat sich Herr Stresemann wohlwollender als früher geäußert, aber die Reichstagspräsident ist nicht Vorsteher der Frau Hermann Müller, der dieses Amt innehat, hat sich Breslau erheblich anders ausgesprochen. Er will den Deutschnationalen mit aller Kraft den Eintritt in die Regierung verweigern, sagt aber ausdrücklich hinzu, daß er damit nicht eine einem unbedingten Eintritt Sozialdemokraten das Wort erhebt. Er ist gleichzeitig Frage des Achtundtags aufrollte, wird man sich nicht die Auslichten kaum trügerischen Hoffnungen binden können. Der Achtundtag gehört zu den unangenehmsten Problemen der inneren deutschen Politik, er ist auch eine herbeige Forderung darstellt, wird niemandem ernstlich bestritten werden können. Er ist ein Ziel, dem nachgetrebt werden muß. Wenn aber gesamte deutsche Wirtschaft in einer einwilligen

Rundegebung erklärt, daß der Gesetzungsprozess noch nicht weit genug vorgeschritten ist, um die jetzigen Vereinbarungen aufzugeben, so wird keine Regierung die Hand dazu reichen können, einen neuen Kampf zu entfesseln. Daß aber ein gewisser Optimismus in anderer Finanz- und Wirtschaftslage berechtigt ist, haben die letzten Monate trotz eines leisen Aufschwungs bewiesen. Man braucht nur an die Schwierigkeiten des Finanzausgleichs zu erinnern, der einfach deshalb kein Ergebnis haben kann, weil die Mittel nicht ausreichen, um berechnete Ansprüche des Reiches, der Länder und Gemeinden zugleich zu erfüllen. An dieser großen Macht der Lasten zerfallen alle Versuche, die Sozialpolitik in dem gewünschten Ausmaß auszubauen.

Für die Sozialdemokraten aber kommt noch ein erschwerendes Moment hinzu. Die Landtagswahlen in Sachsen haben, wie man erwarten mußte, mit einem Erfolge des Radikalsismus geendet. Das Bürgerium, vollständig in sich gesplittet, hat eine bedenkliche Niederlage erlitten. Schuld tragen neben der Uneinigkeit der Mitte vor allem jene Wirtschaftsparteien, die offenbar eine starke Anziehungskraft auf die kleinen Gewerbetreibenden ausüben. Den politischen Sinn der Deutschen stellt das kein besonders günstiges Zeugnis aus. Die Wirtschaftspartei erlangt 10 Mandate, aber noch schlimmer, die Aufwärtler 4. Sie sind zu keiner Mitarbeit zu gebrauchen, weil sie nur zerstörend wirken. Man mag es noch so bedauern, daß die Gläubiger um ihr Geld durch

barung in Frage, die nicht diese selbstverständliche Forderung erfüllt, ohne daß dafür ein politischer Preis bezahlt wird. Es kann garnicht oft genug betont werden, daß wir nach den Völkerverträgen ein verbrieftes Recht auf die Befreiung deutschen Gebietes haben. Wenn wir dafür finanziell bezahlen sollen, so sind wir damit einverstanden, um eine deutsch-französische Verhandlung zu ermöglichen, aber eine Anerkennung unserer Forderungen oder ein Verzicht auf den Anluß Österreichs, darf man uns nicht zumuten.

Die französische Taktik ist auch deshalb so bedenklich, weil sie uns in internationale Verwicklungen mit hineinziehen soll. Man will sich vor der Schuldentilgung, sagen wir es nur mit einem harten Auswurf, drücken und hat deshalb die Erörterung des Schuldabkommens schon auf das kommende Jahr verschoben. Solange aber Amerika nicht seine Zustimmung erteilt, sind die Eisenbahnbonds nicht auszubringen. Finanztechnisch ließe es sich vielleicht ermöglichen, aber man scheint sich in Berlin mit gutem Grund, das Weiße Haus zu verstimmen. Gegen Thoirn selbst haben die Amerikaner nichts einzuwenden, im Gegenteil, sie fördern jede Annäherung zwischen den europäischen Staaten, aber sie wollen nicht, daß ihnen ein Finanzstillstand über dem Kopf entfallen wird.

von einem Unterhandlungsgang, haben sich tags über die Frage des Finanzabkommens, die so handelt sich derzeit Frankreich, erden. Wir können parlamentarisch Thoirn abgelehnt werden. Ist Thoirn abgelehnt, ist das die amerikanischen Kräfte bringen, nach den ersten Forderungen, die Deutschland einbringen.

Die französische Hindurch eine verschleiert. hat nicht nur den Gegnern neuen Zwischenraum der Erfüllung des französisch-französischen Abkommens, die in man, ohne und in Rom undwirtschaft nicht wir sehr leicht zwischen zwei Mühlsteinen geraten könnten. Wir wollen den Ausgleich mit Frankreich und zugleich scheinbar den Schiedsvertrag mit Italien dicht an den Hals binden herangefördert zu sein. Es wird sehr großer Aufmerksamkeit unserer leitenden Stellen bedürfen, um uns nicht in diese Verwicklungen hineinzerren zu lassen.

Diese außenpolitische Betrachtung soll man bei uns immer in den Vordergrund rücken, sie sind wichtiger, als alle innenpolitischen Probleme, obwohl wir die Bedeutung, etwa des Finanzausgleichs, durchaus nicht herabmindern wollen. Aber ein Aufrichtiges Deutschland, der in erster Linie von einer verständigen Außenpolitik abhängt, würde wahrscheinlich uns auch unserer Finanzorgen bis zu einem gewissen Grade entbehen. Dabei muß betont werden, daß in dem Finanzausgleich auch noch eine andere Frage verborgen liegt, das Verhältnis zwischen Reich und Länder. Die Klage über das Junieregereit ist alt, heißt aber so lange überflüssig, als man nicht eine Berücksichtigung des Reiches mit allen Mitteln herbeiführt. Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, wo zu die Kleinstaaten fortbestehen, und es ist mehrfach bemerkenswert, daß nach dem fälschlichen Wahlauflauf führende Blätter aller bürgerlichen Parteien dem Aufgehen in das Reich das Wort gerodet haben. Die Widersprüche sind gewaltig, namentlich im Süden, aber für uns geht es hier nicht um eine Preisfrage, sondern um die Zukunft der Nation, und das muß das Einzelinteresse dem Gesamtinteresse weichen. Richard Man.

Dr. Bohner
über:
Im Kampf um das Schulgeld
in der Beilage der heutigen Nummer.

die Inflation betrogen wurden, ihre volle Befriedigung würde eine neue Zerstückung der deutschen Währung und damit neues Elend heraufbeschwören. Voraussetzungen sind in Sachsen eine sozialistische Minderheitsregierung die Geschäfte übernehmen und sich dabei auf die Kommunisten stützen. Die gemäßigten Elemente, die bisher in der großen Koalition redlich mitgearbeitet haben, haben von ihren 23 Mandaten nur 5 retten können. Die Radikalen aber siegen auf der ganzen Linie. Und hier liegt ein schweres Verbrechen der Zentrale vor. Die sozialdemokratische Partei hat nicht den Mut gefunden, praktische Politik zu treiben, sondern sich rein agitatorisch eingestellt und ist dem stärksten Druck geneigt. Wenn sie die Reichspolitik ernstlicher ins Auge gefaßt hätte, wäre dieser schwere Fehler vermieden worden.

Sie hat verlagert. Ihr Hauptorgan, der Vorwärts, ist den Sozialdemokraten geradezu in den Rücken gefallen. Das mag taktisch richtig gewesen sein, schließlich war das eine Unmöglichkeit. Sie hat einen Augenblick verfolgt in einem deutschen Freistaat, die Reichspolitik gepopt. Nimmt man hinzu, daß sie garnicht gewillt ist, die Verantwortung im Reich zu tragen, so wird man auf ihre Mitarbeit als etwas Dauerndem verzichten und sich damit begnügen müssen, ihre Unterstützung anzunehmen, wenn man sie bekommt. Wir glauben nicht falsch unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, daß auf der Erfurter Tagung des Zentrums auch Herr Dr. Würth schwerste Bedenken gegen das ständige Bieseswerden um die Sozialdemokratie geäußert hat. Auch er, der eigentlich als der wärmste Befürworter der Weimarer Koalition gilt, sieht die Notwendigkeit ein, sich auf die Mitte zu beschränken, um Deutschland nicht neuen Gefahren auszuweichen.

Diese Gefahren sind groß genug. Die Thoirn-Politik erfordert Geduld, sogar häufig mehr, als die öffentliche Meinung aufbringen kann. Die Widerstände in Frankreich sind im Wachen begriffen, und es werden von allen Seiten Ausflüchte gemacht, um Deutschland um die Rhein-zäumung zu prellen. Für uns kommt keine Verein-



Einzelhefte 10 Groschen.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und die Verlagsstellen.
Verlagsstelle: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21.
Preis: 1 Mark.
Vertrieb: Berlin: Verlagsbuchhandlung Parey, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21.
Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21.
Fernsprecher Nr. 1274.